



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/35 - 12. Februar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die Hausfrau wird pessimistisch Erhards Freispolitik im Spiegel der Meinungsforschung	55
2	Fragen an den Fragesteller Rasner Wie steht es mit der Deutschlandkonzeption des "Rheinischen Merkur"?	39
3 - 4	Paris - Ankara - Manila Nun will Dulles in Manila Herrschaft halten	50
5 - 6	Der Lehrermangel wird grösser - nicht kleiner Mit Geld allein nicht zu lösen	56
7	Verwirrung in Paris Bomberüberfall - Vertreiben, Fehler und Irrtum	45

\* \* \* \* \*

Die Hausfrau wird pessimistisch

sp- Man hat sich längst daran gewöhnt, die nach wissenschaftlichen Methoden durchgeführten monatlichen Befragungen der Meinungsforschungsinstitute als Stimmungs- und Meinungsbarometer für die wirtschaftliche und politische Lage zu betrachten. Das zeigt sich nicht zuletzt darin, dass die Regierung gegenwärtig ängstlich bemüht ist, durch wirtschafts- und finanzpolitische Massnahmen, die seit einiger Zeit ständig sinkenden Stimmungskurven aufzufangen. Nur werden Appelle an die "Vernunft" der Unternehmer allein ebenso wenig ausreichen, das verlorengegangene Gleichgewicht der Preise - Löhne wieder herzustellen, wie die geplante Einkommensteuerreform, die nach dem vorliegenden Entwurf bekanntlich erst den Einkommen über 15.000 DM jährlich eine spürbare Entlastung bringt. So ist die Lage im Haushalt des Normalverbrauchers schlechter geworden und die Stimmung demgemäss gedrückt.

Das ergibt sich aus dem soeben erschienenen wöchentlichen Dienst des Meinungsforschungsinstituts ZFMID. Darin wird nämlich festgestellt, dass die Zahl der Befragten, die die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik in den nächsten 12 Monaten für schlechter einschätzen, als im vergangenen Jahr von 26% im Januar vorigen Jahres auf 41% gestiegen ist. Dagegen glauben nur noch 46% (gegen 56% vor einem Jahr), dass sich nichts ändern werde. In noch frappierender Weise ist das Vertrauen in die Stabilität der D-Mark geschwunden. 1950 glaubten nur 13% der Befragten an ein Sinken der Kaufkraft unserer Mark, heute dagegen sind es 76%. Von Januar 1957 bis Januar 1958 allein stieg der Anteil der Pessimisten um 10%. Nur noch 21% der Bevölkerung glaubt nach den Erfahrungen mit der vergangenen Preisentwicklung an eine Stabilität unserer Mark, gegen 84% noch im Jahre 1950.

So ist es verständlich, dass auch die weitere Frage des Instituts, die alljährlich gestellt wird, nämlich nach den Aufgaben der Bundesregierung, die nach Ansicht der Bevölkerung besonders vordringlich behandelt werden sollten, eine Beantwortung findet, die die Regierung zum Nachdenken veranlassen sollte: Stärker als das Problem der deutschen Wiedervereinigung (23%), das noch vor einem Jahr bei weitem an der Spitze lag, wird heute die Stabilisierung bzw. Senkung der Preise (26%) gefordert. Als drittes Anliegen folgt dann die Erhaltung des Friedens mit 19%. Auch hieran lässt sich eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Instabilität unseres Preisgefüges und der schlechter gewordenen wirtschaftlichen Lage des Durchschnittsbürgers ableesen.

An anderer Stelle des Heftes ist zudem noch eine weitere - allmonatlich durchgeführte - Befragung wiedergegeben, deren Ergebnis sich an die obigen Zahlen anschließt. Im Rahmen seines Verbraucher-Stimmungs-Tests stellt das Institut auch die Frage nach dem Beitrag, den der Haushalt der Befragten monatlich für Wohnung, Bekleidung, Erholung, Verpflegung usw. erfordert, um gerade auszukommen. Auch dies Ergebnis ist bemerkenswert: Von Januar 1957 bis Januar 1958 stieg der durchschnittliche Betrag von 424 DM auf 453 DM. Im Januar 1958, also nur drei Jahre früher, rechnete man noch mit 367 DM!

Die Ergebnisse der Meinungsforchung können nicht die Genauigkeit der Statistik beanspruchen und tun es auch nicht. Vergleiche mit dem Ergebnis gewisser Wahlen etwa zeigen jedoch immer wieder, daß die Repräsentativbefragung in allgemeinen zu annähernd richtigen Ergebnissen kommt. Im vorliegenden Heft bestätigen 4 Umfragen bei verschiedenen Personenzirkeln die gleiche Tendenz. Es dürfte daher kaum bezweifelt werden, daß im bundesdeutschen Durchschnitts Haushalt im Augenblick über den Wirtschaftsanminister und seine Politik keine besonders gute Meinung herrscht.

+ + +

#### Fragen an den Fragesteller

sp- Der "wilde Mann" in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ihr parlamentarischer Geschäftsführer Will Rasner, pflegt sich seine Publizität, da ihm das Auftreten im Plenum meist versagt bleibt, durch Teilnehmerzahl - beschränkte Routine-Pressekonferenzen zu sichern, wobei er als persönliche "Masche" das Fragestellen übt. Immer wenn die CDU "zur Gegenstricke übersteht", geistern Rasners "Fragen an die SPD" durch den Mittelwald, zwar zuerst im nachempfindenden "Rheinischen Merkur"-Ton des P.W. Wenger, aber weniger scharf in der politischen Treffsicherheit und Logik. Aber das eine bedingt nicht immer das andere, wobei bei Rasner noch bei Wenger

Apropos Wenger. Am 10. Januar 1958 hat der SPD-Pressedienst an die CDU die dringende Frage gestellt, ob sie die nächst erscheinlichen Ansichten teile, die der "Rheinische Merkur"-Leitartikel und prominente CDU-Journalist Paul Wilhelm Wenger zur "Lösung" des deutschen Problems in der Untertanen-Zeitschrift "Die Ausdrücke" (Dezemberheft 1957) vortragen hat. Der "Abendlander" Wenger versteht sich vgl. die "unitarische Form einer Wiedervereinigung "Grossdeutschlands" (Gegensatz er das auch von der CDU angestrebte "Gesamtdentschland" versteht) und fordert eine "Mitteleuropa"-Lösung in den "Licht legitimen Grenzen". Den "Entspannungs" Reich beschränkt Wenger auf ein Gebiet, das begrenzt wird im Westen durch den Rhein, im Norden durch die Linie Eibeck-Hinder und im Osten durch die Linie Würzburg-Regensburg-Berchtesgaden. Die von Wenger erstrebte "mitteleuropäische Generation", in deren Entwicklung er auch den Ostwohl-Übricht-Plan einer "Konföderation" zwischen Bundesrepublik und Sowjetzone sieht, sieht er in der Endphase ausgedehnt bis hinter Weidenfel, Bay und Njemen.

Der SPD-Pressedienst hatte am 10. Januar die CDU gefragt, was sie zu dieser "Mitteleuropa"-Planung des prominenten CDU-Journalisten Wenger zu sagen hat, die ein parientes Programm zur weitest gehenden Aufspaltung Deutschlands und damit zur Staatserstörung ist. Die CDU hat bis heute geschwiegen. Wir fragen heute nun den Fragesteller der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Abg. Will Rasner, noch einmal: Ist die Konzeption des "Rheinischen Merkur"-Leitartiklers Paul Wilhelm Wenger nur eine Privatmeinung oder nicht? Spricht Herr Wenger nur für sich oder auch für die CDU oder zumindest für eine CDU-Gruppe? Der Fragesteller Rasner möge rasch klar, deutlich, unmissverständlich und ohne Ausflüchte antworten. Wenn die Antwort der CDU auch diesmal wieder ausbleiben sollte, dann allerdings ist das Schweigen der Adenauer-Partei auch eine Antwort, die wir nicht überlesen und nicht verschweigen werden. \* \* \* - 3 -

Paris - Ankara - Manila

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Nach der NATO, die Ende 1957 in Paris ihre Regierungschefs zusammengetrommelt hatte, der Bagdadpakt-Konferenz, die noch nicht einmal durchweg von Ministern besichtigt wurde, soll nun die SEATO Herrschau halten. Amerikas Pakt-Diplomat Dulles will sich eigens in die Hauptstadt der Philippinos bemühen, um Manöverkritik zu üben. Dass er dabei wenig Lobendes zu sagen haben wird, wussten die Mitgliedstaaten heute schon. Darum stand ja auch schon vor einem Jahr in Washington allen Ernstes zur Debatte, ob man nicht den ganzen südostasiatischen Laden schliessen sollte. Doch Dulles gab damals den SEATO-Ländern eine neue Dollarspritze und täuschte damit Lebensfähigkeit vor.

War schon die Bestandsnahme von Paris nicht sonderlich erfreulich - denn der Raketen-Beschluss ist unter den sowjetischen Massendrucksaachen zunächst begraben worden - und die Bagdadpakt-Konferenz eine einzige Zankerei um widerstreitende nationale Interessen - so wird die Manila-Tagung zum wenig glorreichen Abschluss der Pakt-Bilanzen werden. Drei Jahre alt ist nun die SEATO, aber mehr als die Errichtung eines sagenhaften "Hauptquartiers" in Bangkok, das kommunistische Umtriebe beobachten und bekämpfen sowie die Wirtschaft koordinieren soll, konnten die Pakt-Väter der Öffentlichkeit bisher nicht melden. Ein mehr dekorativer als aktiver Apparat hat sich da installiert, der zwar fleissig Jahresberichte verfertigt, aber dem gar schwächlichen Faktkind bisher kein rechtes Leben einzuhauchen vermochte.

Das schien auch von vornherein aussichtslos, denn hinter der SEATO steht gar keine militärische Potenz. Australien und Neuseeland fallen kaum ins Gewicht. Frankreich, das sich 1954 nur wegen der indonesischen Sorgen in die Paktgemeinschaft flüchtete, ist an asiatischen Fragen nicht mehr interessiert, denn Algerien bereitet der Pariser Regierung genug Sorgen. Die Engländer sind mehr

aus Prestigegründen mit von der Partie. Sie zeigten sich seinerzeit stark verschnipft, als Amerika den Anzus-Pakt schloss, der die USA, Neuseeland und Australien vereinigte, England aber übergang.

Bleiben die drei asiatischen Mitgliedstaaten, denen es obliegt, den Namen der Paktorganisation als südostasiatischer Gemeinschaft zu rechtfertigen. Doch auch da sieht es windig aus. Die Philippinen sind zweifelsohne ein braver Parteigänger Washingtons, aber das allein ist recht wenig. Thailand hatte - ähnlich wie Frankreich - ebenfalls bloss wegen des seinerzeitigen schmutzigen Dschungelkrieges in Vietnam Anschluss gesucht, und Pakistan interessiert die SEATO nur insoweit, als es von ihr Hilfe in der Kaschmir-Frage erhofft.

Dass eine Gemeinschaft mit solch heterogenen Interessen nichts auf die Beine stellen konnte, ist klar. Rückgrat hat die ganze Sache nur durch die Anwesenheit der 7. US-Flotte, die in den Gewässern von Formosa Mao Tse-tung wie Chiang Kai-shek vor Dummheiten bewahren soll, und durch die US-Luftstreitkräfte auf Okinawa. Ansonsten müssen die verschiedenen Ausschüsse des "Hauptquartiers" von Bangkok Fehlanzeige erstatten. Kein Wunder, dass in Amerika lange Zeit das Witzwort umging, das Pakt-Baby mit Namen SEATO sei ein medizinisches Rätsel, denn es bekomme niemals Zähne. So, wie die Dinge liegen, wird Dulles auch auf der Manila-Konferenz nichts zur Kräftigung dieses missratenen Kindes tun können. Darum stellen wieder einige Senatoren die Frage, ob die SEATO überhaupt noch einen Sinn hat oder ob man nicht besser einpacken sollte. Diese Senatoren haben natürlich völlig recht, doch Dulles versteht so gut, sich auch an papiernen Fakten zu berauschen. Sie sind ihm Lebens-  
element, ja, Grundlage seiner politischen Entscheidungen - und diese sehen auch danach aus.

+ + +

Der Lehrermangel wird grösser - nicht kleiner

S- So wünschenswert ein schneller Ausbau unseres Volksschulwesens wäre: Der Mangel an Lehrern und Schulräumen steht ihm entgegen. Insbesondere der Lehrermangel ist ein Problem, das offenbar allein mit Geld nicht zu lösen ist. Obwohl zweifellos eine Verbesserung der Lehrergehälter, insbesondere der Anfangsgehälter der Lehrer gewiss viele Bewerber anziehen könnte.

Das Statistische Bundesamt hat einige aufschlussreiche Zahlen ermittelt. Danach hat sich die Zahl der jährlichen Absolventen der Lehrerbildungsanstalten seit 1950/51 von 3 600 auf 5 000 vergrößert. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der hauptamtlichen Lehrkräfte in den Volks- und Mittelschulen von 140 000 auf 150 000. Und infolge der Schulentlassung verringerte sich die Zahl der Schüler der starken Jahrgänge aus den Jahren vor 1942 von 6,67 Millionen auf 5,23 Millionen, also um etwa ein Fünftel. So ist die Zahl der Schüler, die auf einen Lehrer entfallen, seit 1950 ständig geringer geworden. Damals betrug sie 47, heute etwa 35. Diese Entwicklung ist nicht ungünstig.

Aus den vorliegenden Zahlen den Schluss zu ziehen, dass der Lehrermangel sich an den Volks- und Mittelschulen für die Zukunft voraussichtlich noch weiter mildern werde, ist falsch. Im Gegenteil: Vor dem Kriege rechnete man damit, dass in jedem Jahr 3,3 Prozent des Lehrerbestandes erneuert werden müssten. Diese Richtzahl liegt für die heutigen Verhältnisse viel zu tief, weil die Lehrerschaft an den Volks- und Mittelschulen stark überaltert ist. 60 Prozent aller Lehrer sind 40 bis 65 Jahre alt. Es werden also viel mehr Lehrer in den nächsten Jahren aus dem Schuldienst ausscheiden als bisher. Und doch ist die Zahl der Absolventen der Lehrerbildungsanstalten: 4.973 im Jahre 1956/57 kaum grösser als es dem Vorkriegsbedarf entsprechen würde.

Allerdings werden jedes Jahr etwa 1 200 Lehrer aus der Sowjetzone in unseren Volksschulen eingestellt, die von dort fliehen und

hier eine neue Anstellung finden. Diese Zahl wird aber voraussichtlich von Jahr zu Jahr geringer werden. Und auch die Zahl der Lehrerinnen, die in ihren früheren Beruf zurückgekehrt sind, nachdem sie schon einmal - meist wegen Verheiratung - aus dem Schuldienst ausgeschieden waren, wird bald absinken, weil diese Reserve sich erschöpft. So ist abzusehen, dass wir in wenigen Jahren völlig auf den ungenügenden Nachwuchs aus den Lehrerbildungsanstalten angewiesen sein werden.

Vom Schuljahr 1959/60 an wird die Schülerzahl darüber hinaus auch wieder anwachsen, weil die Geburtenjahrgänge, die dann zur Einschulung heranstehen, wieder grösser sind als die der letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre. Damit wird der Lehrermangel von da ab wieder doppelt fühlbar werden.

Es wird wenig nützen, die Wissenschaften zu fördern und immer grosszügigere Hilfsprogramme für die Universitäten und Forschungseinrichtungen zu entwerfen, wenn nicht gleichzeitig auch etwas Zusätzliches für die Ausbildung der heranwachsenden Jugendlichen getan wird. Einerseits ist dies ein finanzielles Problem: Man müsste die jungen Lehrer besser stellen, um einen grösseren Anreiz für den Lehrerberuf zu geben. Das allein wird aber nicht genügen, denn man müsste den Volksschullehrer-Beruf auch etwas mehr Achtung und soziales Prestige verschaffen. Was nützt es schliesslich, immer mehr neue Schulen zu bauen, wenn nicht genug Lehrer da sind, die in den Klassen unterrichten können? Hier tut sich ein neues Problem auf.

+ + +

#### Aus der Tätigkeit der Internationale

sp- In der Zeit vom 28. Februar bis zum 2. März 1958 werden Wirtschaftssachverständige aus verschiedenen Parteien, die der Sozialistischen Internationale angeschlossen sind, in der Nähe Londons zusammenkommen. Sie sollen das Problem der Gleichheit in Bezug auf Einkommen und Vermögen, auf Industrie, auf Erziehung und auf Sozialpolitik untersuchen. Die Diskussionsgrundlagen werden von der englischen Labour-Party, von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, von der Schwedischen Arbeiterpartei (Sozialdemokraten) und von der Section Francaise Internationale Ouvrière (S.F.I.O.) gestellt. Die SPD wird auf der Tagung durch Dr. Hermann Veit, Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg und Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD, die Bundestagsabgeordneten Dr. Heinrich Deist und Dipl. Ing. Georg Kurlbaum, Professor Dr. Karl Schiller und Rudolf A. Pass, wirtschaftspolitischer Referent des Parteivorstandes, vertreten werden.

Verwirrung in Paris

-E- Paris

Der französische Vergeltungsangriff auf das tunesische Grenzdorf Sakiet-Sidi Jussef erweist sich als eine politische Zeitbombe ersten Ranges. In den Pariser politischen Kreisen herrscht die grösste Verwirrung. In der Regierung sind die Widersprüche umso stärker, als sich bereits vor ihren entscheidenden Beratungen in der Nacht zum Dienstag führende Politiker der Koalition in scharfer Weise öffentlich gegen das Vorgehen des französischen Oberkommandos in Algerien aussprachen und für alle Welt sichtbar die schweren internationalen Konsequenzen für Frankreich aufzeigten.

Die früheren Ministerpräsidenten Reynaud, Edgar Faure und Mendéz-France haben den Vergeltungsangriff auf Sakiet-Sidi Jussef aus politischen und moralischen Gründen verurteilt. Sie stehen deshalb keineswegs auf dem Standpunkt dass sich die französische Armee widerstandslos von algerischen Aufständischen, die auf tunesischem Gebiet Unterschlupf und Unterstützung gefunden haben, angreifen lassen muss, aber wie verwerfen die Vergeltungsmethode. Nach ihrer Auffassung schadet sie Frankreich mehr als sie nützt und treibt überdies die arabische Bevölkerung Algeriens und Tunesiens in die Arme Wassers und der Kommunisten, was trotz aller Schwierigkeiten, die sich zwischen Frankreich und Tunesien seit Monaten ergeben, gerade auch der tunesische Staatspräsident Bourguiba verhindern will.

Bei den Sozialisten und christlich Sozialen herrscht starke Erregung. Der Sozialist Daniel Mayer verurteilte in einer öffentlichen Erklärung den Angriff als Verbrechen, Fehler und Irrtum. Sein Fraktionskollege Robert Verdier stattete dem tunesischen Botschafter in Paris, Masnudi vor dessen Abflug nach Tunesien einen Kondolenzbesuch ab und drückte ihm mit vielen anderen Männern des öffentlichen Lebens sein tiefes Mitgefühl für die Opfer des Angriffs aus.

Die grossen Tageszeitungen "Le Monde", das Rechtsblatt "Paris-Fresse", das linke "Paris-Journal" nehmen offen Stellung und fordern Klärung der Verantwortlichkeiten und die volle Wahrheit. Wie schon in früheren Fällen haben die militärischen Instanzen wieder einmal über den Kopf der Regierung hinweg gehandelt, und damit eine politische Krise ausgelöst, deren Ausgang unsicher ist. Man sagt, es bestene Neigung innerhalb der Regierung, den Oberkommandierenden in Algerien abzusetzen. Ein Flugwaffenoberat sei bereits seines Kommandos entzogen worden. Aber die Asetzung des Oberkommandierenden begegne politischen Schwierigkeiten, da Verteidigungminister Chaban-Delmas in einer bereits Sonntag abgegebenen Erklärung das französische Vorgehen gegen Sakiet-Sidi Jussef gerechtfertigt hat. Andererseits dürfte es den der Regierung angehörenden Sozialisten schwer sein, die verantwortlichen Militärs zu decken, so dass es nicht als ausgeschlossen gelten kann, dass sie sich aus der Regierung zurückziehen, wenn sie nicht Genugtuung erhalten sowie Zusicherungen des Ministerpräsidenten, dass sich ähnliche Vorgänge nicht wiederholen können. Alles wird von den Erklärungen abhängen, die Ministerpräsident Gaillard in der Nationalversammlung abgeben wird.

+ + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler